

Zielergebnis

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

//XVIII/157

Bonn, den 20. August 1963

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Ausreichend informiert ?</u> Bonn muß sich wieder einmal dementieren lassen Nachspiel zum Moskauer Abkommen	49
1 - 3	<u>Familienzusammenführung ...</u> Zwei Jahre nach Errichtung der Schandmauer Von Eberhard Zachmann, Berlin	89
4 - 6	<u>25. Internationaler Stenografen-Kongreß in Prag</u> Ein Interview mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Fritz Büttner Präsident der Landesgruppe Deutschland der ANKERSTIMME	105
6	<u>Geheimtip</u> Was ist "Parteilaktik"?	18

Chefredakteur Günter Markschaffel

20. August 1963

Ausreichend informiert ?

Bonn muß sich wieder einmal dementieren lassen

so - Die Bundesregierung begründete in den vergangenen Wochen ihr Ügerrn beim Beitritt zum Moskauer Atomteststopp-Abkommen mit der mehr-  
fach wiederholten Behauptung, sie sei von den Bündnispartnern der Bun-  
desrepublik, besonders aber von den USA, nicht ausreichend informiert  
worden. Offiziell wurde ferner erklärt, man habe erst, gewissermaßen  
in letzter Minute, von den Einzelheiten des Vertrages und seinen mög-  
lichen Auswirkungen Kenntnis erhalten. Bundespresseschef von Hase räumte  
dies alles noch am Tage der endgültigen Kabinettszustimmung "ein  
Beispiel nicht gerade guter westlicher Konsultation".

Nun kommen aus Genf gegenteilige Nachrichten. Dort hat ein Spre-  
cher der amerikanischen Delegation bei der 17-Mächte-Abrüstungskonfe-  
renz erklärt, die in Genf anwesende Beobachterdelegation der Bundesre-  
publik sei seit dem Beginn der Konferenz vor eineinhalb Jahren (!)  
über alle Aspekte der Verhandlungen unterrichtet worden. "Eine  
solche deutsche Behauptung, Bonn sei von dem Moskauer Vertrag über  
eine begrenzte Einstellung der Kernwaffenversuche überrascht worden,  
ist nicht gerechtfertigt."

Also steht jetzt Behauptung gegen Behauptung. Wir können  
nicht kontrollieren, welche dieser beiden gegensätzlichen Behauptungen  
richtig ist. Zu bedenken ist allerdings, daß schon im Herbst vergange-  
nen Jahres von deutscher Seite offiziell mitgeteilt wurde, die ameri-  
kanische Delegation in Genf hoffe, daß die Verhandlungen über einen  
begrenzten Atomteststopp positiv ausgehen würden. Unseres Wissens sind  
entsprechende Mitteilungen auch im Botschafterlenkungsanschuß in  
Washington gemacht worden, in jenen Ausschuß also, in dem die Konsul-  
tation der Westmächte untereinander laufend erfolgt.

Von offizieller Seite in Bonn wird gar nicht abgestritten, daß  
sowohl in Genf wie auch in Washington die Tatsache von Verhandlungen  
über ein Atomteststopp-Abkommen mit Moskau mitgeteilt worden sei. Es  
wird dazu jedoch vermerkt, man habe erst kurz vor dem Abschluß des  
Moskauer Abkommens Kenntnis von den Unterzeichnungsmodalitäten und  
anderen Einzelheiten erhalten.

Wenn das nun wieder richtig ist, dann wird einerseits zwar  
zugegeben, daß man in großen Zügen im Bilde war, andererseits aber  
auch bestätigt, daß man sich nicht weiter um Einzelheiten bemüht hat.  
Schließlich haben wir doch genügend Fachleute des internationalen  
Rechts und Sachkenner der Verhandlungsmaterien mit dem Osten, die  
schon bei der ersten Information über das beabsichtigte Atomteststopp-  
Abkommen auf alle möglichen Konsequenzen eines solchen Vertrages hät-  
ten hinweisen können. Niemand hätte der Bundesregierung übel genom-  
men, wenn sie schon vorher Alarm geschlagen hätte und schon in der Phase  
der Vorverhandlungen - also e h e Sonderbotschafter Harriman nach  
Moskau flog - mindestens theoretisch auf mögliche Folgen eines Ver-  
trageschlusses hätte hinweisen können.

Es hat wohl kaum noch einen Sinn, diese offenen Fragen nachträg-  
lich zu vertiefen. Man sollte sich eher auf zukünftige Entscheidungen  
vorbereiten, denn es wäre bestimmt nicht gut für unsere Position, wenn  
wir in kritischen Situationen ein Verhalten an den Tag legten, das  
nicht einmal unsere besten Freunde verstehen.

Familienzusammenführung ...

Zwei Jahre nach Errichtung der Schandmauer  
Von Eberhard Zachmann, Berlin

Die Ulbricht-Mauer in Berlin ist - auch das ist eine Bilanz der zweijährigen Existenz dieses Schandwerks der Kommunisten - von Monat zu Monat gegen den Willen ihrer Initiatoren für das Zonenregime immer mehr zu einer schweren Belastung geworden. Das gilt nicht nur für den politischen Bereich in dem Sinne, daß die Mauer als Beweis für die Isolierung des Zonen-Regimes gegenüber der Bevölkerung immer deutlicher in Erscheinung getreten ist, sondern auch unter humanitätsrechtlichen Erwägungen. Selbst in den Augen der Bürger neutraler Staaten, wie z.B. der Entwicklungsländer in Afrika und Asien, ist die Berliner Mauer zu einem Schandmal der Unmenschlichkeit geworden, da sie nicht nur Familien, sondern auch alte hilflose Menschen von ihren Kindern im Westen trennt.

Nur so ist es zu erklären, daß sich die Regierung der Sowjetzone seit einiger Zeit bereit erklärte, den Forderungen nach einer Zusammenführung der durch die Mauer getrennten Familien teilweise nachzugeben. Gewiß, die Konzessionen, die Pankow auf diesem Gebiet gemacht hat, sind nur Stückwerk. Auch dort, wo es um die Wiederzusammenführung von Familien ging, spielten politische Erwägungen des Regimes eine gewichtige Rolle. Das zeigt sich nicht zuletzt darin, daß keine generelle Zusammenführung der Familien zugestanden wurde sondern lediglich eine Überprüfung von Fall zu Fall.

Der Druck, der im moralischen Bereich auf den Verantwortlichen in Ostberlin lastet, zeigte sich darin, daß von der zweiten Hälfte des Jahres 1962 an, in einer größeren Zahl von Fällen die Familienzusammenführung über die Mauer hinweg genehmigt wurde. Während im ersten Halbjahr 1962 insgesamt nur 226 Bürger Ostberlins und der Sowjetzone die Genehmigung zur Übersiedlung nach Westberlin erhielten, stieg diese Zahl in den letzten sechs Monaten des Jahres 1962 beträchtlich.

Von 226 zugelassenen Übersiedlungen im ersten Halbjahr 1962 standen im zweiten Halbjahr des gleichen Jahres insgesamt 3.007 genehmigte Übersiedlungen nach Westberlin gegenüber. Die Durchschnittszahl der seit Juli 1962 genehmigten Familienzusammenführungen lag bis Ende 1962 bei etwa 550 pro Monat. Diese Zahl stieg im Jahre 1963 ganz beträchtlich.

Allein in den ersten sechs Monaten 1963 erhielten 5.051 Personen aus Ostberlin und der Sowjetzone die Genehmigung, zu ihren Familien nach Westberlin zu übersiedeln. Im Monat Juli 1963 stieg die Zahl der zugelassenen Regellen Übersiedlungen sogar auf 1.082.

Noch wesentlicher scheint es dabei zu sein, daß zumindest seit Anfang 1963 die Zahl der unter 60-jährigen, denen die Übersiedlung nach dem Westen gestattet wurde, etwas angestiegen ist. Während selbst in der zweiten Hälfte des Jahres 1962 vorwiegend nur alte Rentner und gelegentlich auch Kleinkinder zu ihren Familien nach dem Westen übersiedeln durften, machte sich seit Beginn 1963 eine Änderung bemerkbar. Bereits im Januar betrug die Zahl der unter 60-jährigen, 6,4 Prozent. Im Februar lag dieser Prozentanteil bei 9,9 und im März sogar bei 10,7, sank dann jedoch wieder in den folgenden Monaten auf durchschnittlich 5 Prozent. Er war aber auch damit wesentlich höher als im

Durchschnitt des Jahres 1962 mit etwa 1 bis 2 Prozent. Nicht verschwiegen werden darf allerdings, daß das Zonenregime auch bei der Genehmigung der Übersiedlung jüngerer Menschen zum Teil politische Absichten verfolgt. Es fällt auf, daß ein Teil der jüngeren Übersiedler, bei denen es sich fast ausschließlich um weibliche Personen handelt, in Westberliner Familien zuzieht, die der SED angehören oder ihr zumindest sehr nahe stehen.

Es wäre vermessend, in den Konzessionen des Ulbricht-Regimes bereits eine Erleichterung der menschlichen Beziehungen zu erblicken. Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt mußte erst dieser Tage feststellen, fast alle Bemühungen auf diesem Gebiet, die zu einem großen Teil nicht öffentlich durchgeführt werden, seien gescheitert. Immerhin hat das Internationale Rote Kreuz durch Verhandlungen mit dem Roten Kreuz der Zone ohne Zweifel einen beachtlichen Anteil daran, daß die Zahl der Übersiedlungsgenehmigungen gestiegen ist. Die Gespräche, die der Präsident des IRK, Boissier, und der IRK-Belegierte Beckh mit verschiedenen Stellen in Ostberlin und in der Zone führten, sind nicht ganz ergebnislos geblieben.

Alle weitergehenden Bemühungen des IRK, z.B. in schweren Krankheitsfällen die Möglichkeit zu schaffen, daß Bürger Ostberlins oder der Zone ihre nächsten Angehörigen im Westen besuchen können, dürften vorläufig als gescheitert zu betrachten sein. Vor kurzem wandte sich das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" ganz offen gegen die Anstrengungen, die das IRK in dieser Richtung unternommen hat. Man machte es sich in Ostberlin sehr einfach, indem man erklärte, das IRK überschreite damit seine Kompetenzen und ließe sich im Übrigen vom "Brandt-Senat" für eine Politik einspannen, die die Verhandlungsvorschläge der Sowjetregierung ablehne.

Diese Diffamierung der Bestrebungen des IRK, die einzig und allein aus der humanitären Verpflichtung dieser internationalen Organisation zu verstehen sind, paßt zu dem Gesicht der kommunistischen Mauer-Erbauer wie die Faust aufs Auge. Es klingt geradezu wie ein Hohn, wenn von östlicher Seite erklärt wird, daß kein Kriegszustand zwischen den beiden deutschen Staaten bestehe und somit jederzeit die Möglichkeit zu Verhandlungen gegeben sei, solange das Rote Kreuz nicht tätig werden, wenn es nicht seiner Satzung untreu werden wolle. Das Rote Kreuz kann nicht tätig werden; das beweisen die Ergebnisse seiner Bemühungen, die manches menschliche Leid vermindern konnten.

20. August 1963

25. Internationaler Stenografen-Kongreß in Prag

Ein Interview mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Fritz Büttner,  
Präsident der Landesgruppe Deutschland der INTERSTENO

In der letzten Juli-Woche dieses Jahres fand in Prag der 25. Kongreß der Internationalen Föderation für Kurzschrift und Maschinenschreiben (INTERSTENO) statt. Wir haben den Präsidenten der Landesgruppe Deutschland nach seinen Eindrücken, die er in Prag gewonnen hat, befragt. Die Redaktion

Frage: Herr Bundestagsabgeordneter B ü t t n e r, Sie sind Präsident der Landesgruppe Deutschland der Internationalen Föderation für Kurzschrift und Maschinenschreiben, der INTERSTENO, und auch Bundesvorsitzender des Deutschen Stenografenbundes. Sie haben in dieser Eigenschaft Ende Juli dieses Jahres in Prag am 25. Internationalen Jubiläumskongreß teilgenommen. Wieviel deutsche Teilnehmer waren in Ihrer Begleitung und wieviele Nationen beteiligten sich an dem Wettbewerb in Prag?

Antwort: Die deutsche Delegation bestand aus insgesamt 57 Personen. Von diesen 57 haben sich 24 am stenografischen Wettbewerb beteiligt und sechs waren Teilnehmer am Wettstreiten auf der Schreibmaschine, im Perfektionsschreiben und im Maschinenschreiben.

Frage: Wie haben die deutschen Teilnehmer abgeschnitten?

Antwort: Von den 24 männlichen und weiblichen Teilnehmern im Handschriftwettbewerb waren 23 erfolgreich. Bester Westdeutscher war Herbert K n a p p aus Köln, früher Osnabrück, der beim Rundfunk beschäftigt ist, mit 400 Silben in der Minute. Das ist eine außerordentlich gute Leistung. Man muß einmal versuchen, 400 Silben in der Minute zu sprechen. Ich darf vielleicht darauf hinweisen, daß die Parlamentarier die einzelnen Abgeordneten hinsichtlich der Schnelligkeit im Sprechen "getestet" haben. Dabei sind sie beim SPD-Abgeordneten hier auf 240 bis 260 Silben in der Minute gekommen. Wenn man Fritz Büttner reden hört, dann weiß man, daß er nicht gerade einer der langsamsten Redner des Bundestages ist.

Die Maschinenschreiberinnen haben ebenfalls sehr gut abgeschnitten. In dieser Disziplin war allerdings die Teilnehmerzahl begrenzt: Es durften sich je Nation nur sechs Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmer beteiligen. Die schnellste im Maschinenschreiben war Sigried L u b d e aus Stuttgart. Sie hat je Minute 630 Anschläge geschrieben. Das sind mehr als zehn Anschläge pro Sekunde. Hier kann man wirklich von einer Meisterleistung sprechen. Bei der Kurzschriftprüfung hatten wir die jüngste Teilnehmerin, die 18-jährige Ursula H e s s e aus Castrop-Rauxel, die eine sehr ansprechende Leistung mit 325 Silben zeigte, so daß wir insgesamt sagen können, unsere westdeutsche Vertretung hat sich sehr gut geschlagen. Bester Teilnehmer in Kurzschrift war Manfred M e h r e r aus Leipzig, der 425 Silben in der Minute einwandfrei schrieb.

20. August 1963

Frage: Man wissen wir, Herr Abgeordneter, daß es keine internationale Begegnung in den Ostblockstaaten gibt, bei der nicht auch politische Fragen eine Rolle spielen. Wie ist man Ihnen in Prag auf dem Kongreß und auch bei Ihren persönlichen Kontakten außerhalb des Kongresses begegnet?

Antwort: Wir haben bewußt davon Abstand genommen, durch politische Sprüche das Klima irgendwie ungünstig zu gestalten. Uns ist jedoch allgemein aufgefallen, ob wir im Hotel, oder in der Straßenbahn oder auf einem kurzen Spaziergang waren, daß wir überall sehr freundlich empfangen wurden und daß man sich überall die ordentlichste Mühe gegeben hat, uns entgegenzukommen. Ich hatte Gelegenheit, mich auf der Karlsbrücke mit einigen Bergleuten zu unterhalten, die ich an ihren Abzeichen kannte. Es waren alte tschechische Bergleute, die etwa 40 Jahre im Bergbau gearbeitet hatten. Für mich, der ich aus der Sozialversicherung kam, war es naheliegend, daß ich mich auch nach ihren Rentenverhältnissen erkundigte. Ich habe in Erfahrung gebracht, daß die Altrentner 60 Kronen je Monat bekommen. Die neueren Versicherungsfälle in der arbeitschaftlichen Rentenversicherung werden nach anderen Grundsätzen berechnet. Aufgefallen ist mir - ich habe mich auch nach der Mieten erkundigt - daß die Mieten in der Tschechoslowakei in erträglicher Maßen gehalten sind. Es wird von staatswegen sehr streng beobachtet, daß die lebensnotwendigen Dinge und die Mieten einen festen Preis behalten, der im Staat festgesetzt ist. Einer der Bergleute zahlt für eine nach sozialistischen Schilderungen ansprechende Wohnung 75 Kronen. Das sind also 7,5 Prozent seines Einkommens. Viele andere Dinge - man kann nicht gerade sagen, daß es sich um Luxusartikel handelt - wie bessere Bettwäsche, Oberbekleidung usw. - sind um ein Mehrfaches teurer als bei uns.

Frage: Hatten Sie in den Gesprächen, zum Beispiel mit den Bergleuten, den Eindruck, daß Ihre Gesprächspartner sich für die Verhältnisse bei uns interessierten oder haben Sie, auch in anderen Gesprächen festgestellt, daß die Leute Ihnen mehr ihre eigenen Dinge vorzutragen pflegen?

Antwort: Die Bergleute waren auch sehr daran interessiert, zu erfahren, wie es unseren Bergleuten geht. Ich schilderte ihnen die Verhältnisse bei uns und bemerkte, wie sie meine Angaben über Löhne und Preise zu den Verhältnissen in der CSR in Relation brachten und hierbei feststellten, daß wir in Westdeutschland doch günstiger dran sind.

Frage: Man sind ja auch, wie es bei solchen Kongressen üblich ist, offizielle Reden gehalten worden. Welchen Tenor hatten diese Ansprachen. War es Ihnen als dem Vorsitzenden des deutschen Verbandes möglich, bei diesen Begegnungen mehr offizieller Art die sicher nicht einfachen Probleme, die zwischen Ost und West bestehen, so anzusprechen, daß die rein fachliche Verbundenheit erhalten blieb?

Antwort: Bei allen Ansprachen, die gehalten worden sind - auch bei der Siegerehrung - haben sich alle Redner bemüht, das Trennende wegzulassen. Es ist zwar die eine oder andere Bemerkung, die zum stärksten Vorwurfs gehört, gemacht worden, aber überwiegend war doch die

20. August 1963

Freude, daß besonders junge Menschen sich begegnet sind. Der Stenographenbund ist die größte Organisation dieser Art in der Welt mit über 100 000 aktiven Mitgliedern, davon sind etwa 85 bis 90 Prozent jugendliche Mitglieder, die sich sehr gefreut haben, einmal zusammen zu sein. Ganz besonders möchte ich hervorheben, daß wir uns ohne besondere Einreise- und Ausreiseerlaubnis in der Tschechoslowakei treffen konnten und daß wir Deutsche uns untereinander unterhalten konnten. Dabei hat uns nur traurig gestimmt, daß man erst nach Prag fahren muß, umgesehen möglichst zu machen.

Frage: Sind Sie der Meinung, Herr Abgeordneter, daß derartige Begegnungen einen Sinn haben, daß man sie wiederholen sollte?

Antwort: Ich bin der Auffassung, daß solche Begegnungen sehr sinnvoll sind und daß ihre besondere Bedeutung darin besteht, Trennendes abseits zu lassen. Wenn wir zum 26. Treffen der INTERSIBCO 1963 in Paris zusammenkommen, werden auch noch einige Probleme zu lösen sein. Besonders wegen der Einreise der Teilnehmer aus den Ostblockstaaten. Der jetzige Präsident hat aber zugesagt, daß er alles tun wird, damit wir genauso wie in Prag mit allen Nationen vollständig vertreten sein können.

Ein besonderes Ergebnis der Tagung war, daß immer wieder neue Landtagsgruppen zu uns stoßen und daß wir auf diese Weise sicherlich bald neu kommen, mit 30 Mitgliedsstaaten rechnen zu können. Das ist ein beachtlicher Beitrag zur Völkerverständigung. Wenn wir damit auch die Welt nicht aus den Angeln heben können, so glaube ich aber doch, daß menschliche Begegnungen wichtig sind und zumindest in der großen Völkerverfamilie ein Mosaiksteinchen zur besseren Verständigung bilden.

+ + +

Geheimtip  
-----

sp - Unsere gestrige Veröffentlichung des Berliner Senators und Bundestagsabgeordneten Dr. Adolf Arnoldt SCHADEN ÜBER KARLSRUHE mit einem Sprecher der CDU, CSU-Bundestagsfraktion (laut DIE WELT) zu der Bemerkung veranlaßt, schon die Form der Veröffentlichung im SPD-Pressedienst deute darauf hin, daß es in erster Linie um parteitaktische Vorteile geht. Die CDU, CSU - so der Sprecher - wolle jedoch die Vorwürfe prüfen.

Es ist an der Zeit, eine gewisse Sprachregelung für bestimmte Veröffentlichungen einzuführen. Wenn zum Beispiel der CDU-Bundestagsabgeordnete Kajoniec in Deutschland-Union Dienst einen Artikel schreibt, dann ist dies mitnichten "parteitaktisch", sondern "staatspolitisch von höchster Bedeutung". Schreibt ein FDP-Abgeordneter in der WZ, dann kann man das Wörtchen "höchster" weglassen, weil man ja dem Artikel eines Koalitionspartners mindestens staatspolitische Bedeutung zubilligen muß. Artikel von sozialdemokratischen Abgeordneten dagegen - besonders wenn sie im SPD-Pressedienst erscheinen - grundsätzlich nur wegen "parteitaktischer Vorteile" geschrieben.

Und damit jeder auf seine Rechnung kommt, bieten wir folgenden Geheimtip an: Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich nur wegen "parteitaktischer Vorteile" in den Bundestag begeben.

+ + +